

Mein

NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin



Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ausgabe 7 | 2014

VIELEN DANK FÜR 97%

Am vorletzten Samstag wurden auf dem Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD in Würzburg der neue Bezirksvorstand gewählt und zahlreiche Anträge diskutiert und auf den Weg gebracht.



Mit 92 JA- und 3 NEIN-Stimmen wurde ich zum neuen Vorsitzenden gewählt. Herzlichen Dank für diesen Vertrauensbeweis.

Alle Regionen stark vertreten

Fünf StellvertreterInnen aus allen Bundeswahlkreisen wurden ebenfalls gewählt. Sie sorgen dafür, dass die UnterfrankenSPD breit aufgestellt ist. Die StellvertreterInnen

sind: v.l. MdL Volkmar Halbleib (WÜ), MdL Martina Fehlner (AB), MdL Kathi Petersen (SW), Harald Schneider (MSP) sowie Bad Kissingens Oberbürgermeister Kay Blankenburg (nicht auf dem Foto).

Zusammen mit unserer Schatzmeisterin Jutta Henzler (WÜ) und den BeisitzerInnen Homaira Mansury, Mughtar Al Ghusain, Sabine Dittmar, Marietta Eder, Jürgen Henneemann, Richard Brand, Matthias Kihn, Andreas Parr, Doris Aschenbrenner, Heidi Wright, Ralf Hofmann, Johannes Petersen, Katharina Räth, Anna Stvrtecky und Markus Hümpfer, den RevisorInnen Gabriele Hügel, Wolf-Dietrich Lang und Andreas Sauer, den VertreterInnen der Arbeitsgemeinschaften, unseren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und den MandatsträgerInnen als kooptierte Mitglieder haben wir nun einen Vorstand beisammen, der die schwierigen Aufgaben angehen kann: Wir müssen vor allem in den Kommunen stärker werden, insgesamt jünger und auch moderner in unserer Kommunikation. Einfach wird das nicht, gleich-

wohl freue ich mich sehr auf die neue Aufgabe!

INHALT

2 ... Vor Ort:

Götz-Brot und Heimatfest

4 ... Klartext: Mindestlohn

4 ... Aus dem Parlament:

Fracking, Mindestlohn, Pflege

7 ...Vor Ort & facebook

KONTAKT

Bürgerbüro Gemünden
Obertorstraße 13
97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



SCHNAPPSCHUSS



Ein besonderer Tag für mich: Zum ersten Mal durfte ich auf dem **Heimatfest Gemünden** ein Grußwort sprechen!

18-JÄHRIGER AUS MARKTHEIDENFELD VIER TAGE ALS MDB IN BERLIN



Auf meine Einladung hin nahm Felix Fleckenstein aus Marktheidenfeld vom 31.05. bis 03.06. am Planspiel „Jugend und Parlament“ des Deut-

schen Bundestages teil. Das Planspiel, das in dieser Form zum elften Mal stattfand, verdeutlicht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Arbeitsweise des Parlaments.

Während des Spiels schlüpfen Jugendliche in die Rolle fiktiver Abgeordneter, halten Fraktionssitzungen ab, diskutieren im Plenum und den Ausschüssen und führen abschließend eine Plenardebatte – Kontroversen inklusive! Der 18-Jährige übernahm die Rolle eines Abgeordneten der Linkspartei und den Vorsitz des Verkehrsausschusses. So wurden es vier äußerst spannende Tage für ihn in Berlin!

KEINE GESPRÄCHSBEREITSCHAFT BEI GÖTZ-BROT

Trotz wiederholter gegenteiliger Behauptungen besteht bei Wolfgang Götz, dem Chef von Kiliansbäck, keinerlei Bereitschaft, sich mit mir und meinen Landtagskollegen Volkmar Halbleib und Georg Rosenthal an einen Tisch zu setzen, um miteinander über die Umstände der Entlassung zweier Betriebsratsmitglieder in seiner Firma zu

sprechen. Nachdem wir drei trotz gegenteiliger Behauptungen von Wolfgang Götz mit Vorschlägen zu einem Treffen abgewimmelt wurden, wandten wir uns an die Presse. Daraufhin war die Firma Götz Brot doch noch zu einem Treffen bereit, und es wurde ein Gesprächstermin vereinbart. Doch wurde dieser Termin erneut von der Firma Götz Brot abgesagt.

Ich bin schon darüber verwundert, dass Götz Brot nun doch nicht an einem gemeinsamen Gespräch interessiert ist. Mein weiteres Vorgehen konzentriert sich nun auf die Unterstützung der Betroffenen und der beteiligten Gewerkschaft.



Im Gespräch mit dem entlassenen Betriebsrat Torben Ackermann

**MEHR INFOS UNTER
WWW.BERND-RUETZEL.DE**

Aus dem PARLAMENT



DER MINDESTLOHN

Am 3. Juli hat der Bundestag das **Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie** mit den Stimmen der Koalition und Bündnis 90/Die Grünen verabschiedet. Damit wird in Deutschland, wie bereits in 21 EU-Mitgliedsländern, ein gesetzlicher und flächendeckender Mindestlohn eingeführt. Am 30. Juni und 1. Juli verständigten sich die Koalitionspartner auf letzte Details. Die SPD-Fraktion hat dann am 1. Juli einstimmig das Tarifpaket beschlossen.

Der Mindestlohn gilt in Ost und West und für alle Branchen

Zehn Jahre ist in Deutschland über die Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns diskutiert und über das Für und Wider gestritten worden – jetzt kommt er und das ist ein Grund zur Freude. Für viele Menschen ist dies die höchste Lohnerhöhung ihres Lebens. Der Mindestlohn schafft sozialen Frieden und ein Stück mehr soziale Gerechtigkeit.

Der Mindestlohn braucht Kontrolle

Es nützt nichts, wenn der Mindestlohn nur auf dem Papier steht. Er muss auch umgesetzt werden. Des-

halb stellt der Zoll 1.600 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, um die Umsetzung besser kontrollieren zu können. Das war uns wichtig und wird nun umgesetzt!

Ohne Mindestlohn keine Koalition

Ich möchte daran erinnern, dass die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns die Voraussetzung war, um in die Koalition mit der Union zu gehen.

Was in den Medien leider auch zu kurz kommt: Das Gesetz hat sich schon jetzt positiv bundesweit auf die Tarifvertragsstrukturen ausgewirkt. Die Fleischbranche und das Friseurgewerbe haben nun einen bundeseinheitlichen Tarifvertrag abgeschlossen und die Hotellerie und Gastronomie, das Taxigewerbe sowie die Landwirtschaft verhandelten darüber.

Mindestlohn stärkt faire Firmen

Auch viele Unternehmen werden vom Mindestlohn profitieren, nämlich die Unternehmen (v.a. Handwerker und Mittelstand!), die den Unterbietungswettbewerb auf Kosten der Beschäftigten nicht mitmachen.

KLARTEXT

MEILENSTEIN MINDESTLOHN

Um es gleich mal ganz klar zu sagen: Ich stehe voll hinter den nun beschlossenen Regelungen zum Mindestlohn. Und ich finde, dass dieses Gesetz ein Meilenstein für den Sozialstaat Deutschland ist. Es war längst überfällig.

Das Rumkritisieren an den nun beschlossenen Regelungen ist für mich größtenteils weltfremd: Natürlich sähe ein Mindestlohn anders aus, hätten wir 40 und die Union 25 Prozent. Haben wir aber nicht. Jetzt so zu tun, als hätten wir nur besser verhandeln müssen und dann wäre das ein oder andere anders gelaufen, ist ziemlich gewagt.

Wir haben mehr rausgeholt, als man uns das am Anfang zugetraut hat. Und wir haben es geschafft, dass alle Branchen mit dabei sind. Die Sonderregelungen sind vertret- und auch begründbar.

Nun sollten wir raus gehen und stolz diesen Meilenstein als unseren Erfolg feiern – und nicht nachtreten und Forderungen stellen, die erst dann tatsächlich umgesetzt werden können, wenn wir wieder bei 40 Prozent stehen ...

Aus dem **PARLAMENT**



Bislang konnten Firmen mit Lohn-dumping Aufträge ergattern – und schickten zugleich ihre Mitarbeiter in die Ämter, um Aufstockung zu beantragen. Das ist nun vorbei.

Stärkung der Tarifautonomie

In der Bundestagsdebatte sprach ich für die SPD-Fraktion und machte dabei deutlich, dass der Mindestlohn nicht das Ziel ist, sondern ein gut ausgebautes Wegstück. Das Ziel ist die Stärkung der Tarifautonomie. Sie dient der gesamten Volkswirtschaft und viele Länder beneiden uns darum.

Die wichtigsten Regelungen zum Mindestlohn

Im Jahr 2012 arbeiteten 19,2 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für einen Lohn unter 8,50 Euro pro Stunde. Bereits ab 1. Januar 2015 werden rund 3,7 Millionen Menschen vom Mindestlohn profitieren. Der Mindestlohn von 8,50 Euro gilt ab 1. Januar 2015 für alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller Branchen in Ost- und Westdeutschland.

Unsere Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles führte in den letzten Monaten einen intensi-

ven Branchendialog, um Lösungen zu finden, wie der Mindestlohn flächendeckend in allen Branchen eingeführt werden kann. Um dies erfolgreich umzusetzen, gilt für die Dauer von zwei Jahren eine Übergangsregelung.

Wie sieht die Übergangsregelung aus?

Bis zum 31. Dezember 2016 gilt eine Übergangsfrist, in der vom Mindestlohn abgewichen werden darf. Allerdings ist dies nur im Rahmen von Branchenmindestlöhnen auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes bei Leiharbeit gestattet – hier gilt bereits eine Lohnuntergrenze. Ab 1. Januar 2017 bekommen dann alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 8,50 Euro pro Stunde.

Für die **Zeitungszustellerinnen und -zusteller** wird es auf Grund der besonderen Struktur der Branche eine Übergangsregelung geben. Für sie gilt, dass ihre Entlohnung den Mindestlohn im Jahr 2015 um maximal 25 Prozent unterschreiten darf und im Jahr 2016 nur noch um 15 Prozent. Spätestens ab 2017 erhalten auch sie 8,50 Euro pro Stunde.

Auch für **Saisonarbeitskräfte** in der Landwirtschaft gilt der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro ab dem 1. Januar 2015. Um in diesem Bereich die Einführung des Mindestlohns zu erleichtern, wird die bereits vorhandene Möglichkeit der kurzfristigen sozialabgabenfreien Beschäftigung von 50 auf 70 Tage ausgedehnt. Diese Regelung ist allerdings auf vier Jahre befristet.

Wer fällt nicht unter die Mindestlohn-Regelung?

Die gesetzliche Regelung sieht Abweichungen vom Mindestlohn nur für klar eingegrenzte Fallgruppen vor:

Jugendliche unter 18 Jahren und ohne Berufsabschluss. Damit soll verhindert werden, dass sie auf eine Ausbildung verzichten, um als ungelernete Kraft für den Mindestlohn zu arbeiten.

Auszubildende sowie Praktikantinnen und Praktikanten, die ein verpflichtendes Praktikum im Rahmen von Schule, Ausbildung oder Studium ableisten oder ein Praktikum zur Orientierung vor der Berufswahl von maximal drei Monaten absolvieren.

Aus dem **PARLAMENT**



Denn dort wo Lerninhalte im Vordergrund stehen, muss es andere Regeln geben.

Gleiches gilt für freiwillige Praktika während der Ausbildung oder des Studiums von bis zu drei Monaten. Ein solches Praktikum darf aber nicht mehrfach bei der gleichen Stelle stattfinden. Dauert ein Praktikum länger als drei Monate, dann gilt der Mindestlohn auch für Orientierungs- und freiwillige Praktika. Für Praktika nach einer Berufsausbildung oder einem Studium gilt ab sofort der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde.

Damit machen wir Schluss mit der Ausbeutung der sogenannten „Generation Praktikum“.

Langzeitarbeitsarbeitslose, die länger als 12 Monate ohne Beschäftigung waren und in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden sollen, haben in den ersten sechs Monaten einer Beschäftigung keinen Anspruch auf den Mindestlohn. Die Bundesregierung wird zum 1. Juni 2016 prüfen, ob diese Ausnahme die Chancen auf einen Arbeitsplatz verbessert hat oder nicht und ob sich schlimmstenfalls so genannte Drehtüreffekte zeigen.

Beschäftigte in einem Betrieb, für den ein Tarifvertrag gilt, haben ohnehin Anspruch auf den Tariflohn.

Wer legt den Mindestlohn fest?

Eine Mindestlohnkommission prüft die Höhe des Mindestlohns und schlägt eine Anpassung vor. Der Mindestlohnkommission gehören sechs stimmberechtigte Mitglieder an: je drei auf Arbeitgeber- und auf Arbeitnehmerseite. Sie schlagen jeweils einen Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin als beratendes Mitglied ohne Stimmrecht vor.

Wann wird es die erste Anpassung des Mindestlohns geben?

Die Mindestlohnkommission überprüft den Mindestlohn erstmalig im Jahr 2016. Dabei wird auch die Tarifentwicklung einbezogen. Zum 1. Januar 2017 erfolgt die erste Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns. Danach wird er alle zwei Jahre geprüft und angepasst.

ERDGASFÖRDERUNG: JA FRACKING: NEIN

In Deutschland wird es keine Förderung von Schiefergas nach der sogenannten Fracking-Methode ge-

ben. Das stellen Umweltministerin Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in einem gemeinsamen Eckpunktepapier klar – und sind somit ganz auf der Linie der SPD-Bundestagsfraktion! Für uns steht fest: Trinkwasser und Gesundheit müssen absoluten Vorrang haben.

Damit steht auch fest: Jenes Fracking, das in den Medien mit Dokumentationen aus den USA und Kanada bebildert wurde und vor dem überall in drastischen Worten gewarnt wird, wird es in Deutschland nicht geben. Das ist die richtige Entscheidung. Erdgasförderung, ja – Fracking, nein!

Die seit Jahrzehnten in Deutschland angewandte konventionelle Erdgasförderung wird endlich auch mit deutlich schärferen Umweltauflagen modernisiert. Wasserschutzzonen, in denen es kein Fracking geben darf, werden ausgeweitet.

Mit diesen klaren Vorgaben unseres Parteivorsitzenden und Wirtschaftsministers sind die Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger endlich unbegründet.

MEHR: SPD-FRAKTION.DE

Aus dem PARLAMENT



DER DOPPELPASS KOMMT

Es ist ein Meilenstein im deutschen Staatsbürgerschaftsrecht und eine Erleichterung für hunderttausende Betroffene: Der Bundestag hat im Juni ein Gesetz beschlossen, mit dem die Optionspflicht im Staatsbürgerschaftsrecht neu geregelt wird.

Bisher erhalten Kinder von ausländischen Eltern bei ihrer Geburt in Deutschland beide Staatsbürgerschaften – also die deutsche und die ihrer Eltern. Aber sie mussten sich zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden. Viele von ihnen stellt das vor eine unnötige Zerreißprobe: Sie sehen Deutschland als ihre Heimat, wollen aber ihre kulturelle Herkunft nicht verleugnen.

Die Doppelte Staatsbürgerschaft für hier geborene und aufgewachsene Kinder

Auf Druck der SPD-Fraktion ändert sich das mit dem neuen Gesetz: Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, müssen sich künftig nicht mehr für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden.

Sie dürfen zwei Pässe behalten. Als in Deutschland aufgewachsen gilt dabei, wer sich bis zum 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland aufgehalten oder sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht hat. Die Optionspflicht entfällt auch für diejenigen, die über einen in Deutschland erworbenen Schulabschluss oder eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen.

Kompromiss mit der Union

Das Gesetz ist zwar ein Kompromiss mit der Union. Aber: Es ist ein Kompromiss bei dem das Glas mehr als halbvoll ist. Zehn Jahre nach dem Zuwanderungsgesetz bekennt sich Deutschland jetzt zu den Kindern seiner Einwanderer und ihren Herkünften. Schließlich ist es nicht wichtig, wie viele Pässe jemand in der Hosentasche hat, sondern was er im Herzen trägt.

LEISTUNGEN IN DER PFLEGE VERBESSERN

Der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft vor eine gewaltige Herausforderung. Schon heute sind knapp 2,5 Millionen Menschen in Deutschland jeden Tag auf Pfe-

geleistungen angewiesen. Bis 2030 wird diese Zahl nach Schätzungen auf 3,5 Millionen Pflegebedürftigen steigen. Mit dem Gesetzentwurf zur Pflegereform wird die Koalition deshalb ab 2015 die Leistungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte systematisch erhöhen. Das heißt, die Pflegebedürftigen sollen verbesserte Leistungen erhalten und die pflegenden Angehörigen sowie Pflegefachkräfte sollen entlastet werden.

5 Milliarden mehr

Dafür wird der Beitrag zur Pflegeversicherung ab 2015 um 0,3 Prozentpunkte ansteigen. Im Laufe der Legislaturperiode wird er noch einmal um weitere 0,2 Punkte angehoben. Mit den zusätzlichen Mitteln von fünf Milliarden Euro werden die ausgeweiteten Leistungen bei der häuslichen und stationären Pflege finanziert. Zusätzlich wird ein Vorsorgefonds eingerichtet. Dieser wird ab 2030 die Beiträge stabilisieren, wenn Menschen aus den geburtenstarken Jahrgängen pflegebedürftig werden.

Der Gesetzentwurf ist der erste Baustein eines Grundkonzepts, das zu mehr Anerkennung und mehr Unterstützung in der Pflege führt.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



HILFE FÜR MEHRENERATIONENHAUS BINSFELD

Am 2. Juli hat das Bundeskabinett den Entwurf für den Bundeshaushalt 2015 beschlossen. Darin enthalten ist auch die weitere Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser. Das entsprechende Aktionsprogramm sollte ursprünglich 2014 auslaufen. Das haben wir als SPD-Fraktion verhindert. Somit ist die Finanzierung des Mehrgenerationenhauses in Binsfeld für das Jahr 2015 gesichert. Das freut mich, denn ich schätze die dort geleistete Arbeit sehr. Nun gilt es, auch eine längere Planungssicherheit über 2015 hinaus zu schaffen.

SCHNAPPSCHÜSSE



Spatenstich für das **TGZ** (multifunktionales Innovations- und Gründerzentrum) in **Würzburg**: hier bringt man Wissenschaft und Wirtschaft

zusammen. Ich war dort zusammen mit den SPD-StadträtInnen Laura Wallner und Jojo Schulz, dem Betreiber der Posthalle.



Segnung des neuen Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeugs (HLF 20) für die **Gemündener Feuerwehr**. Kehrt immer wieder gesund von den Einsätzen heim!



Aushang an der Tür meines **Bürgerbüros in Gemünden**: Dank Götze musste ich einen Tag ohne meine MitarbeiterInnen auskommen ... ;-)



Besuch aus Unterfranken in Berlin: Eberns SPD-Bürgermeister und AfA-Mitstreiter **Jürgen Hennemann** und sein „Ebener Eber“. Danke!

FACEBOOK

Folgt mir im Internet auf facebook und erhaltet tagesaktuelle Infos zu meiner Arbeit, meinen Terminen vor Ort und in Berlin und natürlich auch zu politischen Themen in Berlin und Unterfranken.

[www.facebook.com/
BerndRuetzelMdB](http://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)

Ich wünsche Euch allen
SCHÖNE FERIEEN!

Der nächste Newsletter
erscheint Ende August.